

Bayerische Basisdienste für Hessen

[31.07.2017] Bayern und Hessen wollen dem Ausbau von E-Government zusätzliche Dynamik verleihen. Dazu haben beide Bundesländer eine Kooperationsvereinbarung unterzeichnet.

Der Freistaat Bayern und das Land Hessen haben eine engere Zusammenarbeit im Bereich E-Government beschlossen. Eine entsprechende Kooperationsvereinbarung haben Bayerns Finanzstaatssekretär Albert Füracker und der hessische Minister des Innern und für Sport, Peter Beuth, jetzt unterzeichnet. Laut einer Pressemeldung des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat erhält Hessen die Nutzungsrechte an Basisdiensten wie der zentralen Authentifizierung und der rechtssicheren elektronischen Erreichbarkeit sowie den dazugehörigen Schnittstellen der Bayern-ID. Diese umfasst ein Servicekonto mit Postfach sowie die Authentifizierung. Im Gegenzug bringe das Land Hessen seine mehrjährigen Erfahrungen aus dem Bereich des Fall- und Antragsmanagements mit Unternehmen, Kammern, Verbänden und Vereinen sowie die aktive Bereitschaft zur Weiterentwicklung der digitalen Verwaltungsleistungen in die Zusammenarbeit mit ein. So soll dem Ausbau von E-Government in beiden Ländern zusätzliche Dynamik verliehen werden. Der bayerische Finanzstaatssekretär Albert Füracker erklärt: „Wir wollen den digitalen Verwaltungskreislauf schließen. Ziel der Kooperation ist die medienbruchfreie digitale Durchführung interner und externer Verwaltungsvorgänge unter Einbindung der kommunalen Ebene.“

(al)

Stichwörter: Politik,